

Netzwerk Wetterau im Wandel

1. Vorgaben zu CO²-Emissionen

Plant Ihre Partei für das Land Hessen, bezogen auf 2020, 2030, 2040, Vorgaben hinsichtlich der prozentualen Reduktion von Kohlendioxid zu machen? Welche weiteren Maßnahmen wird Ihre Partei durchsetzen wollen, um Hessens CO²-Emissionen entsprechend des Pariser Ziels zu begrenzen? Mit welchen Anreizen können Kreise und Gemeinden dazu gebracht werden, ihre jeweiligen Anteile zu erfüllen?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir haben unter GRÜNER Beteiligung den Hessischen Integrierten Klimaschutzplan 2025 erstellt. Darin sind Maßnahmen für alle Lebens- und Arbeitsbereiche des gesellschaftlichen Lebens aufgenommen und ambitionierte Ziele gesetzt: bis zum Jahr 2050 soll Hessen ein klimaneutrales Bundesland werden. Um dies zu erreichen, sollen bis 2020 30 Prozent der CO²-Emissionen eingespart werden und 40 Prozent bis 2025. Bis 2050 sollen mindestens 90 Prozent Einsparungen und damit Klimaneutralität erreicht werden. Zu diesen Zielen stehen wir weiterhin. Zusätzlich fordern wir GRÜNE den Bund auf, eine CO²-Bremse ins Grundgesetz festzuschreiben.

Weil Klimaschutzpolitik nur dann erfolgreich ist, wenn sie ein Konzept für alle klimarelevanten Bereiche verfolgt, heißt ganzheitlicher Klimaschutz für uns nicht „nur“ Strom und Wärme, sondern auch Verkehr, Landwirtschaft, Bodenschutz, Abfall und Abwasser in den Blick zu nehmen.

Im Landeshaushalt 2018/19 haben wir die Mittel für den Klimaschutz gegenüber den Jahren zuvor mehr als verdoppelt. Außerdem haben wir in Hessen mit unserem Koalitionspartner vereinbart, dass wir einen Kohleausstieg auf Bundesebene unterstützen wollen. Klar ist aber auch, dass wir gute Rahmenbedingungen auf Bundesebene brauchen, um unsere Klimaschutz- und Energiepolitik erfolgreich weiter voranbringen zu können.

2. Verkehr

Welche Regelungen zur Verkehrswende (weg vom Individualverkehr hin zum öffentlichen Personennahverkehr) wird Ihre Partei politisch fordern? Welche Maßnahmen sieht ihre Partei darüber hinaus vor, den CO²- und Schadstoffausstoß des Sektors Verkehr in Hessen systematisch zu vermindern?

Konkrete Beispiele: Gedenkt Ihre Partei, e-car-sharing zu fördern und wenn ja, wie? Welche Techniken im Bereich der e-Mobilität wird Ihre Partei auf Landesebene fördern? Wie sieht die

zugehörige Infrastruktur aus und wie soll diese in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden? Wie hoch wird die Förderung von Konzepten wie dem Bürgerbus sein?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Die Verkehrswende in Hessen hat Fahrt aufgenommen. Wir investieren Rekordsummen in den Ausbau von Bussen und Bahnen, in den Erhalt unserer Straßen sowie in Rad- und Fußwege. Mit dem Schülerticket können alle Schülerinnen und Schüler sowie alle Auszubildenden alle öffentlichen Verkehrsmittel für einen Euro am Tag nutzen.

Nur mit uns wird es das 365-Euro-Ticket auch für weitere Bevölkerungsgruppen geben. Als nächstes möchten wir Seniorinnen und Senioren ein entsprechendes Angebot unterbreiten. Zudem wollen wir in der kommenden Legislaturperiode die Grundlage dafür legen, möglichst bald ein Bürgerticket als Jahreskarte für ganz Hessen zu bezahlbaren Preisen für alle anzubieten. Auch bietet das Land Hessen in einem bundesweit einzigartigen Modell Carsharing-Stellplätze an und berät Unternehmen bei ihrem Mobilitätsmanagement. Der Förderung der Elektromobilität haben wir uns bereits früh gewidmet und u.a. eines der ersten Förderprogramme für Elektrobusse aufgelegt.

Die steigenden Fahrgastzahlen in Bussen und Bahnen sind ein erfreuliches Zeichen. Damit sich dieser Trend fortsetzt, muss die Schieneninfrastruktur als Rückgrat der Mobilität in den urbanen Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum weiter ausgebaut werden. Insbesondere im ländlichen Raum sollte die Anzahl der Verbindungen besonders am Wochenende verdichtet werden, um die Attraktivität zu steigern.

Dafür ist es nötig, dass die angestoßenen Investitionen fortgeführt und das Netz des Schienengüterverkehrs ausgebaut werden. Zur Verbesserung der Situation in der Metropolregion ist eine Schienen-Ringverbindung um Frankfurt notwendig, die das Nadelöhr S-Bahn-Tunnel entlastet. In den Städten wird die Umstellung hochbelasteter Buslinien auf den attraktiveren Straßenbahnbetrieb unterstützt. Mit der Reaktivierung potenzialstarker Schienenstrecken wie der Lumda-, der Horloff- oder der Aartalbahn wollen wir die Mobilität auch im ländlichen Raum verbessern, wenn die betroffenen Kommunen mitziehen. Die Elektrifizierung von Bahnstrecken wollen wir insbesondere dort vorantreiben, wo sie eine Lücke zwischen elektrifizierten Netzen schließt. Eine systematische Untersuchung der Verkehre in den Ballungsräumen Hessens soll durchgeführt werden, um ein Stadtbahn-/Bussystem städteübergreifend zu installieren.

Bis 2019 wird das Land Bürgerbusprojekte mit 1,2 Millionen Euro pro Jahr fördern. Dafür können pro Kalenderjahr 30 Bürgerbusse angeschafft und den ehrenamtlich Aktiven zur Verfügung gestellt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass jede Initiative versorgt wird, auch wenn die Finanzmittel ausgeschöpft sind und dass das Programm auch nach 2019 fortgesetzt werden wird.

Wir sind für saubere und gesunde Luft. Die Umsetzung der Verkehrswende ist dafür ein wichtiger Schritt. In Bezug auf die aktuelle Debatte zur Luftreinhaltung sprechen wir uns zudem gegen generelle Fahrverbote für Dieselfahrzeuge aus. Deshalb wollen wir die technische Nachrüstung der Fahrzeuge auf Kosten der Hersteller. Wegen der Verweigerung der Großen Koalition im Bund drohen bundesweit Gerichte mit Fahrverboten für bestimmte, besonders

belastete Städte. Die Einführung einer Blauen Plakette kann generelle Dieselfahrverbote vermeiden und besonders schädliche Dieselfahrzeuge erkennbar machen. Ausnahmen für Anlieger oder Handwerker wären möglich. Um die Schadstoffgrenzwerte einzuhalten, setzen wir uns auch für die Reduzierung des Flugverkehrs ein. Außerdem wollen wir uns auf Bundesebene weiter für einen besseren, aktiven Lärmschutz und mehr Gestaltungsspielraum für die Kommunen bei lärmschutzbedingten Geschwindigkeitsbeschränkungen stark machen.

Startpunkt für Klimaschutz und die Verkehrswende ist letztlich immer der Mensch. Deshalb wollen wir schon früh zu diesen Thema sensibilisieren und haben in unserem Integrierten Klimaschutzplan 2015 – der mit 140 Millionen Euro hinterlegt ist - Maßnahmen für die Mobilitätsbildung für Kinder im Schulunterricht verankert. Dort Erlerntes, Erlebtes und Ausprobirtes fördern lebenslang ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten im Alltag.

3. Energie-Effizienz

Welche landespolitischen Maßnahmen und Regelungen befürwortet Ihre Partei, um die Energie-Effizienz bei landeseigenen Bauten und darüber hinaus bei allen Gewerbe- und Wohnbauten in Hessen zu fördern?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

In Hessen sind allein die rund 1,4 Millionen Wohngebäude für 26 Prozent aller CO₂-Emissionen verantwortlich. Gleichzeitig besteht ein Einsparpotential nach Angaben des Umweltbundesamts in Höhe von 60 Prozent. Hier steckt nicht nur ein hohes Potential für den Klimaschutz, sondern auch zur finanziellen Ersparnis für die Eigentümer und Mieter.

Wir haben daher mit der Energie-Agenda 2015, die zusätzlich rund 15 Millionen Euro für Maßnahmen beinhaltet, das umfassendste Landesprogramm für Energieeffizienz aufgelegt, das es in Hessen je gegeben hat. Dazu kommen viele Fördermaßnahmen im Rahmen des Klimaschutzplans sowie die Städtebau- und Wohnraumförderung. In Kooperation mit Fachverbänden, Handwerksinnungen, Energieagenturen, Unternehmen und Kommunen berät der BUND Hessen zum Nutzen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Ziel der vom Land Hessen geförderten Kampagne ist es, allen Interessierten anbieter- und herstellernerneutral die ökologischen und ökonomischen Vorteile der Kraft-Wärme-Kopplung nahe zu bringen. Zudem unterstützt das Land die Kommunen und Kreise bei der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden. 15,2 Millionen Euro standen allein 2016 zur Verfügung, um Schulen, Kindergärten, Bürgerhäuser, Jugendzentren, Sportstätten und andere kommunale Gebäude der sozialen Infrastruktur so modernisieren zu lassen, dass sie deutlich weniger Energie verbrauchen. Mit dem 12 Millionen Euro schweren Förderprogramm PIUS-Invest werden innovative Investitionsprojekte kleiner und mittlerer hessischer Unternehmen in ressourceneffiziente Technologien und Prozesse mit bis zu 30 Prozent vom Land bezuschusst.

Schon seit vielen Jahren fordern wir GRÜNE in Hessen einen Steuerbonus für energetische Sanierungen. Die Sanierung soll sich endlich nicht nur für vermietete Gebäude auszahlen, sondern auch für selbstgenutztes Eigentum. Ein Steuerbonus bei der Einkommenssteuer

würde einen starken Anreiz für energetische Sanierung bieten und könnte jederzeit genutzt werden.

Außerdem wollen wir eine hessische Gebäudestrategie, die die Sanierungsrate deutlich erhöht. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Kommunen deren Wärmeplanung voranbringen. Wie in einem Flächennutzungsplan, der von den Gemeinden für die städtebauliche Entwicklung aufgestellt wird, geht es bei der kommunalen Wärmeplanung um die Nutzung von Energie: Wie ist der Wärmebedarf? Wie sieht die Struktur der Wärmeversorgung aus? Welche Entwicklungspotentiale gibt es? Wir wollen für die Kommunen Gesamtpakete durch die Landesenergieagentur anbieten. Im bestehenden Klimaschutzplan haben wir die Grundlage gelegt, indem Wärmenetzkarten oder Wärmealanten zur Erfassung von Wärmequellen und -senken erstellt werden sollen. Darauf kann eine solche Förderung aufbauen.

4. Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien

Welche Regelungen in der Hessischen Bauordnung befürwortet Ihre Partei, um zu erreichen, dass Wärme vermehrt klimaneutral erzeugt wird? Befürwortet Ihre Partei eine gesetzliche Pflicht, bei größeren Gewerbebauten den Einbau von Photovoltaik rechtlich zu verlangen.

Tritt Ihre Partei für ein Programm ein, mit dem energiesparende Geräte gefördert werden?

Was hält Ihre Partei von Sozialrabatten auf Stromtarifen?

Welche Maßnahmen will Ihre Partei für die vielen Windkraftanlagen in Hessen ergreifen, die ab Ende 2020 aus dem EEG laufen und nicht repowered werden dürfen, technisch in Ordnung sind, aber sich im „Markt“ nicht gegen Braunkohle- und Atomstrom behaupten können?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Die Energiewende findet endlich auch in Hessen statt, und der Ausbau der Erneuerbaren Energien geht mit Rekordtempo voran, im Bundesvergleich belegen wir beim Zubau von Windkraft Platz 4. Neben der Stromerzeugung werden wir verstärkt die Wärmegewinnung, die Energieeffizienz und den Verkehr in den Blick nehmen. Denn Strom- und Wärmeversorgung sowie Verkehr werden in Zukunft immer stärker gemeinsam betrachtet.

Durch mehr Energie aus erneuerbaren Quellen greifen sie auch immer stärker ineinander – bei der Elektromobilität, bei der Brennstoffzellentechnik oder beim Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und Power-to-Heat. Weil Deutschland mit der Biomasseproduktion an die Nachhaltigkeitsgrenzen kommt, werden wir insbesondere an der stärkeren Elektrifizierung im Verkehr arbeiten, sekundär auch im Bereich der Wärme.

Mit einem höheren Anteil Erneuerbarer Energien und zunehmender Dezentralisierung muss sich der Energiemarkt verändern. Wir müssen die klimaschädliche und schwerfällige Kohleenergie hinter uns lassen und mit flexiblen Gaskraftwerken, intelligentem Netzausbau, Speichertechnologien und Lastmanagement insbesondere bei Großverbrauchern und Industrie arbeiten. Die lokalen Energieversorger unterstützen wir beim Umbau der ursprünglich hierarchischen Versorgungsstruktur in eine vernetzte, zelluläre Struktur mit vielen Energieerzeugern, sei es der regionale Windpark oder die PV-Anlagen auf den Dächern. Die Digitalisierung bietet dafür auch im Bereich der Energiewende große Chancen.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass der Energiemarkt stärker zu einem Flexibilitätsmarkt weiterentwickelt wird und klimaschädliche, fossile Energien über eine Steuerung des CO₂-Preises nicht weiter bevorteilt werden. Auf Landesebene wollen wir mit Forschungsförderung und Pilotprojekten diese Entwicklung weiter fördern. Dabei liegt unser Fokus auf den hessischen Stärken: Energieeffizienz, Systemintegration und Digitalisierung im Sinne einer intelligenten Steuerung von Erzeugung und Verbrauch. Wir werden auch hier Datenschutz und Verbrauchersouveränität achten.

Fernwärme aus vorwiegend Erneuerbaren Energien ist insbesondere in dicht besiedelten Gebieten eine effiziente Option für die Wärmeversorgung. Wir sehen für diese Technologie neben den ohnehin ungenutzten Abwärmequellen auch Solarthermie als interessante Zukunftsperspektive. Die Netze müssen optimiert werden, um Solarwärme oder industrielle Abwärme besser aufnehmen und die vorhandenen großen wirtschaftlichen Potenziale erschließen zu können. Dabei bieten die Schnittstellen des Strom- und Wärmemarkts interessante Geschäftsfelder. Das Land Hessen kann mit Pilotprojekten hier vorbildhaft wirken.

Außerdem soll die im Klimaschutzplan vorgesehene, aufsuchende Erstberatung mit direkter Ansprache der Gebäudeeigentümer umgesetzt werden. Auch die Sanierung von Heizungen spielt hier mit hinein – hier werden bestehende Förderprogramme noch zu wenig angenommen. Durch geschicktes Komplementieren von Förderprogrammen kann hier jedoch große Wirkung erzielt werden. Aktuell werden durch ein Bundesprogramm von Seiten der Schornsteinfeger die Besitzer alter Heizungen durch ein entsprechendes Label auf der Heizung darüber informiert, dass ihre Heizung wenig effizient ist. Um die Hürde zum Austausch zu senken, wollen wir Gutscheine zur vergünstigten Energieberatung ausgeben, bei der über den Austausch der Heizung und weitere sinnvolle Modernisierungsschritte informiert wird. Wir unterstützen die Verbraucherzentralen finanziell, damit diese allen Bürgerinnen und Bürgern Energieberatungen zu vergünstigten Preisen anbieten können. In einigen hessischen Kommunen sind sie kostenfrei. Maßnahmen für mehr Energieeffizienz werden wir auch weiterhin fördern und stärken.

Ab dem Jahr 2020 sind nach dem Auslaufen der Förderung von den ersten Windenergieanlagen, Baujahr 1990 und folgende, und durch die gleichzeitig veränderten Rahmenbedingungen der Förderung von Erneuerbaren Energien, besondere Herausforderungen anzugehen. Wir wollen, dass uns diese Anlagen erhalten bleiben, weil sie technisch noch viele weitere Jahre geeignet sind, sauberen Strom zu produzieren. Wir wollen Repowering an den Standorten, wo es möglich ist, unterstützen und bestehende Hürden überprüfen. Gerade die Chance für den Ausbau der Elektromobilität, die sich durch das Herausfallen der ersten Solaranlagen aus der EEG-Förderung bietet, wollen wir positiv begleiten.

5. Landwirtschaft

Welche Regelungen schlägt Ihre Partei vor, damit die konventionelle Landwirtschaft umweltverträglicher wird, die industriell betriebene Massentierhaltung reduziert wird sowie der Anteil an lokal erzeugten Bio-Produkten ausgeweitet wird?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir wollen den Ökologischen Landbau als nachhaltigste aller Bewirtschaftungsform weiterhin besonders fördern und bis 2025 die Ökolandbauflächen durch gezielte Förderung auf 25 Prozent erhöhen. Die Einrichtung von Ökomodellregionen wollen wir fortsetzen und erreichen, dass künftig ganz Hessen zur ersten Ökomodellregion Deutschlands wird. Darüber hinaus soll die Förderung der Vermarktung hessischer Bio-Produkte und Spezialitäten ausgebaut werden. Wir wollen Kommunen und Regionen fördern, die Biokommune werden wollen. Die hessischen Staatsdomänen sollen als Vorbildbetriebe fungieren und Ökobetriebe bevorzugt werden. Daher wollen wir dies in den Ausschreibungen besonders berücksichtigen.

Wir werden darüber hinaus eine Strategie für eine nachhaltige Landwirtschaft für ganz Hessen erarbeiten. Unabhängig davon, ob ein Betrieb sich ökologisch oder konventionell ausrichtet, soll es gezielte Förderung und Angebote für eine nachhaltige Landwirtschaft geben. Als politische Leitlinie gilt für uns: Die kleinstrukturierte, bäuerliche Landwirtschaft in Hessen soll erhalten und unterstützt werden. Dazu gehört es auch, die Direktvermarktung regionaler Lebensmittel zu fördern.

In der Nutztierhaltung wollen wir den eingeschlagenen Weg fortführen und die Förderung einer nachhaltigen und am Tierwohl orientierten Landwirtschaft ausbauen – egal ob Biobetrieb oder konventioneller Betrieb. Deshalb gilt insbesondere bei der Investitionsförderung, dass sich die Haltung den Nutztieren anpassen muss und nicht umgekehrt. So soll sich die Förderung von Umbauten auf die Ställe begrenzen, die der artgerechten Haltung ökologischer Landwirtschaft entsprechen. Außerdem soll der Ankauf von innovativer Technik zur Verbesserung von Tierwohl gefördert werden sowie von Maschinen und Geräten, die zu einer Minderung von Umweltbelastungen führen.

6. Bodenschutz

Tritt Ihre Partei dafür ein, dass hochwertiger Ackerboden nur in extremen Ausnahmefällen für die Ansiedlung von Gewerben oder Wohnsiedlungen genutzt werden darf? Welche rechtlichen Regelungen verfolgt Ihre Partei insoweit?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir wollen das Grundstücksverkehrsgesetz in Hessen überprüfen, damit landwirtschaftliche Flächen auch tatsächlich in der Hand der Bäuerinnen und Bauern bleiben, und weitere Maßnahmen zum Erhalt der landwirtschaftlichen Flächen auf den Weg bringen.

7. Wasserschutz

Welche landespolitischen Initiativen wird Ihre Partei verfolgen, um eine vierte Reinigungsstufe in hessischen Kläranlagen wirtschaftlich möglich zu machen, damit Reste von Medikamenten, Hormonen u.ä. Spurenstoffen abgefiltert werden können?

Welche Präventivmaßnahmen (z.B. Rückhaltesysteme in Krankenhäusern) hält Ihre Partei für

sinnvoll?

Was will Ihre Partei tun, um die Nitratbelastung des Grundwassers zu reduzieren?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Der umfassende Schutz des Grundwassers gehört seit vielen Jahren zu den Kernaufgaben GRÜNER Politik. Die von uns initiierte hessische Spurenstoffstrategie umfasst Kernmaßnahmen, um Spurenstoffe in hessischen Gewässern deutlich zu minimieren. Nun gilt es, sie konsequent umzusetzen. Nach der Auswertung von Pilotprojekten zur Aufrüstung von Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe soll ein weiterer Ausbau bei Hotspots erfolgen, um diese Stoffe besser filtern und eliminieren zu können. Wichtig ist die wirksame Vermeidung an der Quelle, also das Ansetzen an der Ursache über verstärkte Beratung, Aufklärung und Information im Sinne eines vorbeugenden Gewässerschutzes. Als Nachsorge können auch zusätzliche Reinigungsstufen in Kläranlagen dienen. Wir wollen die Errichtung weiterer vierter Reinigungsstufen bei kommunalen Kläranlagen unterstützen, bei denen es ökologisch sinnvoll und notwendig ist. Auch können spezielle Klärstufen zur Vorbehandlung der Einleitungen nach Krankenhäusern oder städtischen Belastungsschwerpunkten sinnvoll sein. Wir wollen außerdem das Monitoring über die Belastung und die Erforschung der Verursachung gerade auch hinsichtlich des Mikroplastiks verbessern. Mehr Information und Aufklärung sollen zusätzlich dabei helfen, die Stoffe von Anfang an zu reduzieren. Beispielsweise gibt es bei Waschmitteln naturverträgliche Alternativen. Erfolgsversprechend erscheint auch der Ansatz, dass in öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern mehr umweltfreundliche Materialien verwendet werden oder auch ein nachhaltiger Umgang mit Röntgenkontrastmitteln verfolgt wird, indem beispielsweise mit Röntgenkontrastmittel belasteter Urin in Beuteln aufgefangen und separat entsorgt wird.

Zur Reduzierung der Nitratbelastung im Grundwasser wollen wir uns für eine Reduzierung von Pestiziden und anderen schädlichen Einträgen in unsere Gewässer und unser Grundwasser einsetzen. Wir setzen dabei vor allem auf Dialog und Beratung, denn dies hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Wir haben deshalb die Gewässerschutzberatung in der Landwirtschaft ausgebaut. Seitens der Landesregierung besteht das flächendeckende Beratungsangebot des hierfür in Hessen zuständigen Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH). Ergänzend hierzu wird in den WRRRL (Wasserrahmenrichtlinie)-Maßnahmenräumen eine gewässerschutzorientierte, landwirtschaftliche Beratung finanziert.

Die Rückgewinnung von Phosphor aus dem Klärschlamm kommunaler Kläranlagen wollen wir zudem weiter vorantreiben und diesen wertvollen Rohstoff und Nährstoff erneut in der Landwirtschaft zum Düngezweck einsetzen.

8. Zersiedelung und Flächenfraß

Mit welchen Maßnahmen und Regelungen will Ihre Partei die Zersiedelung der Landschaft und den Flächenfraß in Hessen (täglich 3,6 ha nach NABU-Erkenntnissen) stoppen? Welche Konzepte für die Stärkung ländlicher Strukturen verfolgt Ihre Partei?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Das durch uns im Landesentwicklungsplan verankerte Ziel zur Flächenreduktion von 2,5 Hektar ist nur ein Zwischenschritt. Unser langfristiges Ziel ist die Netto-Null beim Flächenverbrauch, dem wir uns sukzessive annähern wollen. Deshalb wollen wir uns in der Landes- und Regionalplanung für eine weitere Reduzierung des Flächenverbrauchs einsetzen. Außerdem wollen wir Kommunen bei ihrem Flächenmanagement unterstützen und ihnen zudem Anreize für Verbesserungen des innerstädtischen Klimas und des Baumbestands geben. Dabei achten wir weiter auf die ausgewogene Balance, die es bei der notwendigen Schaffung von Wohnraum in Ballungsgebieten zu halten gilt. Hier sind kluge Lösungen gefragt, die auch die Aufstockung von Gebäuden und Wiedernutzung brachliegender Flächen und gleichzeitig den Erhalt von innerstädtischen Erholungs- und Grünflächen in den Blick nehmen. Im ländlichen Raum wollen wir dagegen dem innerörtlichen Leerstand mit gezielten Programmen entgegenwirken.

9. Resilienz

Was sind Ihrer Meinung nach wichtige Punkte, die in Stadtentwicklungs- und Flächenplanungszielen berücksichtigt werden sollten, um die Anpassungsfähigkeit von Städten und Regionen an ein sich wandelndes Klima zu fördern?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir wollen eine ökologische Quartiersentwicklung etablieren, um einen Mehrwert für die Biodiversität und den Klimaschutz durch sinnvollen ökologischen Städtebau zu erreichen. Dies soll dazu beitragen, ein gutes Kleinklima zu erzeugen und die Klimafolgen in den Städten zu begrenzen. Dafür sollen die Förderprogramme des Landes für den sozialen Wohnungsbau und die bisherigen Programme der Städtebauförderung (insbesondere „Zukunft Stadtgrün“, „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „Aktive Kernbereiche“ und „Stadtumbau“) stärker in einem integrativen Ansatz miteinander verzahnt werden, um gleichermaßen bei bestehenden Wohnquartieren wie auch bei Neubauten alle Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung der Kommunen berücksichtigen zu können.

Durch dieses neue Angebot sollen ökologisch sinnvolle, ressourcenschonende und sozial ausgewogene Quartiere entstehen. Sicher kann nicht jede Versiegelung durch die gleiche Fläche Grün ausgeglichen werden. Es ist aber möglich, mit einem integrierten Ansatz die ökologische Qualität durch Grünwände, Baumpflanzungen, Biotope und Gründächer deutlich zu verbessern. Ein gutes Beispiel gibt es bereits in Marburg: Dort können Hauseigentümer über ein Gründachkataster kostenlos und ohne großen Aufwand prüfen, wie hoch die Eignung ihres Gebäudes für ein Gründach ist.

10. Plastikverbrauch

Welche Maßnahmen und welche Regelungen sollen nach Ihrer Auffassung auf Landesebene greifen, damit der Plastikverbrauch nicht weiter zunimmt, sondern rückläufig wird?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Deutschlands Plastikverbrauch steht in Europa an der Spitze, die Meere sind weltweit durch Kunststoffe belastet. Wir wollen uns daher auf Bundesebene für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika einsetzen sowie für eine europaweite Abgabe auf Einwegplastik. Außerdem wollen wir gerade beim Plastik endlich eine konsequente Kreislaufführung zum schonenden Umgang mit den Ressourcen. Dazu wollen wir das Verpackungsgesetz zu einem Wertstoffgesetz weiterentwickeln und die Nutzung von Mehrwegverpackungen, insbesondere Mehrwegflaschen, stärken. Den Export von Müll wollen wir reduzieren.

In Hessen gibt es einige sehr ambitionierte Aktionen, die in kleinen Schritten zur Müllvermeidung beitragen sollen. So haben wir in grüner Regierungsverantwortung den sogenannten Becherbonus eingeführt. Diesen gibt es für wiederverwendbare „Coffee-to-go“-Becher in zahlreichen Bäckereien und Kiosken. Im Rahmen der Ressourcenschutzstrategie des Landes wollen wir uns nach dem erfolgreichen Becher-Bonus-Programm weiteren Aktionen zur Stärkung des Ressourcenschutzes widmen, wie der Förderung wiederverwendbarer Beutel statt Plastiktüten für Obst und Gemüse in Einkaufsmärkten.

11. Biodiversität

Mit welchen Maßnahmen und Regelungen will Ihre Partei dazu beitragen, dass der Verlust an Biodiversität, insbesondere das Insektensterben, gestoppt wird?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir wollen uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass deutlich weniger Insektizide eingesetzt werden und durchsetzen, dass Glyphosat und Neonikotinoide untersagt werden. Europa- und bundesweit setzen wir uns daher für ein Verbot von schädlichen Neonicotinoiden und Glyphosat zum Schutz von Boden, Grundwasser, Biodiversität und menschlicher Gesundheit ein. Auch auf landeseigenen Flächen wollen wir deren Verwendung untersagen. Landesweit wollen wir einen Pestizidreduktionsplan auflegen. Hierzu soll eine Fachkommission eingesetzt werden, bei dem u. a. die landwirtschaftlichen Berufsstände, die landwirtschaftliche Beratung sowie die Umweltverbände einbezogen werden. Sie sollen anhand von Daten und einem Monitoring eine stufenweise Reduzierung von Pestiziden auf allen Flächen mit konkreten Reduktionszielen erarbeiten.

Mit verschiedenen Anreizprogrammen für Naturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft durch das in grüner Regierungsverantwortung entwickelte Agrarumweltprogramm HALM haben wir darüber hinaus eine Grundlage geschaffen, um in unserer Kulturlandschaft mehr blühende, insektenreiche Landschaften zu schaffen. Wir wollen diese bereits existierenden Angebote ausbauen und ergänzen. Dabei wollen wir auch die erfolgreiche Initiative „Bienenfreundliches Hessen“ fortsetzen und die Förderung weiterhin attraktiv gestalten.

12. Bildung

Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei erreichen, dass die siebzehn nachhaltigen Entwicklungsziele Eingang in die verschiedenen öffentlichen Bildungseinrichtungen Hessens finden und dort im Rahmen des Unterrichts vermittelt werden?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Uns GRÜNE leitet der Gedanke, dass wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt haben. Wenn wir ihnen das Wissen um ökologische Zusammenhänge und deren Zerbrechlichkeit vermitteln, gelingt es ihnen hoffentlich, zukünftig schonender mit unserem Planeten umzugehen. Nur Menschen, die um diese weltweiten Zusammenhänge wissen, können sich bewusst verhalten, bewusst einkaufen, bewusst leben– und am besten lernen sie das schon als Kinder. Wir wollen Initiativen, Netzwerke und Projekte, die einen Fokus auf die Bereiche Umwelterziehung, ökologische Bildung und nachhaltige Entwicklung legen, auf ihrem Weg unterstützen und das Konzept Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) noch weiter stärken, was die siebzehn nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen einschließt.

In Hessen wird außerdem im Rahmen der Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie das übergreifende Ziel verfolgt, Bildung für nachhaltige Entwicklung langfristig strukturell in der deutschen Bildungslandschaft zu verankern. Hier kommt der BNE eine besondere Bedeutung und Schlüsselfunktion zu. Die Akteure der vorhandenen BNE-Landesstrukturen sind über den Runden Tisch BNE miteinander vernetzt. Dieses Gremium arbeitet daran, prioritäre Maßnahmen aus dem Nationalen Aktionsplan für Hessen herauszustellen, mit bereits bestehenden Strukturen zu verbinden und weiterzuführen. Das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung ist integraler Bestandteil der hessischen Initiativen und Auszeichnungen „Umweltschule“, „Schuljahr der Nachhaltigkeit“, regionale Netzwerke BNE und der Dachmarke „Nachhaltigkeit lernen in Hessen“. Diesen Weg wollen wir weiter fortsetzen. Insbesondere die Auszeichnung zur „Umweltschule - Lernen und Handeln für unsere Zukunft“, die für das besondere Engagement einer Schule im Bereich Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung vergeben wird, wollen wir weiter unterstützen. Dabei sollen die elf bestehenden regionalen Umweltbildungszentren mit der Landeskoordination in der Naturschutz-Akademie Hessen weiterhin die Schulen auf ihrem Weg zur Umweltschule begleiten. Der Etablierung weiterer Umweltbildungszentren stehen wir offen gegenüber, denn sie leisten einen wichtigen Beitrag zum außerschulischen Lernen für alle Altersklassen.

13. Förderung der regionalen Wertschöpfung

Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um der wachsenden Macht der „Global Player“ des Internet-Versandhandels entgegenzuwirken und den lokalen Handel zu stützen und zu stärken, u.a. auch, um einer weiteren Verödung der Innenstädte in Hessen entgegenzuwirken?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Unser Ziel ist es, regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten weiter zu stärken und zu entwickeln. Handwerk und Mittelstand stellen einen Großteil aller hessischen Unternehmen und aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Circa 20 Prozent der Aus-

zubildenden im Handwerk haben einen Migrationshintergrund. Gleichzeitig liefert das Handwerk einen zentralen Beitrag dazu, dass wir ressourcenschonender leben und arbeiten können.

Wir wollen mittelständische Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützen, indem wir bürokratische Hürden abbauen (z.B. durch E-Government). Bei der Nachwuchs- und Fachkräftesicherung und beim digitalen Wandel wollen wir sie stärken. Die entsprechenden Förder- und Beratungsangebote werden wir fortführen und bei Bedarf ergänzen. Die Versorgung der Metropolen aus der Region wollen wir mit umweltgerechten und digitalen Vertriebs-, Logistik- und Produktionsprozessen unterstützen. Wir wollen z. B. Genossenschaften als regionale Akteure gerade im ländlichen Raum fördern und das Handwerk als wichtigen Partner bei der Energiewende und auf dem Weg zu mehr Ressourceneffizienz stärken. Ökologisch ausgerichtete Industrieparks und besonders ressourceneffiziente Gewerbegebiete sind wichtige Bausteine zur Stärkung der regionalen Wirtschaft; ihre Entwicklung wollen wir unterstützen.

14. Fair gehandelte Produkte

Strebt Ihre Partei an, das Angebot an fair gehandelten Produkten in Hessen zu erhöhen und insbesondere, was den Eigenbedarf Ihrer Partei sowie von Behörden und öffentlichen Einrichtungen angeht, auf fair gehandelte Produkte zurückzugreifen?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Fairer Handel kann einen Beitrag zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDG) in den Ländern des Globalen Südens leisten. Über Qualifizierung bei öffentlichen Auftraggebern und deren direkten Lieferanten, der Erstellung und Pflege von Positivlisten in Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen und Hochschulen, Unterstützung von Zertifizierungen sowie durch Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dass humane Arbeitsbedingungen und nachhaltige Produktionsweisen im In- und Ausland die Regel werden. Wir wollen, dass sich weitere Kommunen als Fair Trade-Städte qualifizieren; das Engagement bereits ausgezeichnete Kommunen und Kreise soll unterstützt werden.

In unserer Partei selbst achten wir seit langer Zeit darauf, fair gehandelt und ökologische Produkte sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, als auch bei öffentlichen Veranstaltungen, Empfängen etc. zu verwenden.

15. Steuerflucht

Welche landesrechtlichen Maßnahmen (z.B. Einstellung von mehr Steuerprüfern; Ankauf von CDs) verfolgt Ihre Partei, um der Steuerflucht Einhalt zu gebieten?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Steuerhinterziehung ist eine Straftat und schädigt unser Gemeinwesen massiv. Wir GRÜNE wollen Steuerumgehung und aggressive Steuervermeidungsmodelle beenden. Seit Beginn

der GRÜNEN Regierungsbeteiligung haben wir die hessische Finanzverwaltung im Kampf gegen Steuertrickser und -betrüger weiter gestärkt und dafür gesorgt, dass sie im Bundesvergleich gute Ergebnisse erzielt – im Interesse der ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und der Gemeinschaft:

- Bundesweit vorbildlich im Kampf gegen internationale Steuerkriminalität und -vermeidung ist die Sondereinheit bei der OFD Frankfurt, in der fachliche Expertise und technische Ausrüstung gebündelt sind, und in der Steuerfachleute eng mit dem Bundeskriminalamt und der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt zusammenarbeiten.
- Mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 haben wir zudem die schlagkräftige hessische Steuerverwaltung durch weitere 100 Stellen für Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer sowie der Einstellung von 700 neuen Anwärtnerinnen und Anwärtern pro Jahr noch weiter gestärkt.

Bei den Betriebsprüfungen liegt Hessen deutlich über dem Bundesschnitt: Durch die gestiegene Zahl der Betriebsprüfungen hat Hessen allein 2017 rund 1,7 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen. Die Steuerfahndung konnte 2017 vorläufige Mehrsteuern in Höhe von rund 674 Millionen Euro erzielen.

Im Kampf gegen Steuerkriminalität befürworten wir GRÜNE auch den Ankauf von Steuer-CDs, weil so der Druck wächst, steuerehrlich zu sein. Es hat sich gezeigt, dass der Erwerb von Daten zu einer Vielzahl von Selbstanzeigen geführt und der Gemeinschaft so zusätzliche Einnahmen verschafft hat. Der Erwerb von Steuer-CDs führt also zu mehr Steuergerechtigkeit.

16. Verantwortung für die Welt

Welche Maßnahmen und Initiativen würden Sie fördern, um global zu mehr sozialer Gerechtigkeit, der Bekämpfung von Hunger und Armut und der Erhaltung von natürlichen Lebensgrundlagen kleiner Produzenten beizutragen, die in vielen Regionen durch das Agieren internationaler Konzerne gefährdet sind?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Agenda 2030 durch die UN-Vollversammlung im September 2015 erhielt die Nachhaltigkeitspolitik neue Impulse. In der Diskussion mit der Zivilgesellschaft wurden neue Indikatoren für die hessische Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, die sich daran orientieren. Diese sollen weiterentwickelt und künftige Politik daran gemessen werden.

Ein international so verflochtenes Land wie Hessen benötigt eine wertegeleitete Außenwirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeitsstrategie, die wir gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Kräften kontinuierlich weiterentwickeln wollen. Die finanzielle Förderung des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen (EPN) und die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes werden wir ausweiten. In internationalen Handelsabkommen müssen faire Arbeitsbedingungen und hohe Umweltstandards garantiert sowie eine ausgeglichene Leistungsbilanz angestrebt werden, damit Schwellen- und Entwicklungsländer nicht durch

Wettbewerbsnachteile marginalisiert werden und der freie Handel tatsächlich für Wohlstand und Entwicklung sorgen kann.

Die Zusammenarbeit von (Grundlagen-)Forschung und Industrie wollen wir darüber hinaus weiter unterstützen und Hessen zum Vorbild für die Entwicklung von Therapien für armuts-assoziierte vernachlässigte Erkrankungen machen.

Was die Wirtschaft wachsen lässt, verbessert nicht immer auch das Leben der Menschen. Das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für den Wohlstand eines Landes ist deshalb allein untauglich. Wir wollen deshalb untersuchen, welche alternativen Wohlstandsmessungen, in denen neben Wirtschaftskraft auch Wohlstand, Lebensqualität, Zufriedenheit und ökologischer Fußabdruck wiedergespiegelt werden, für Hessen anwendbar sind.

Die Überhitzung des Planeten und die Ressourcenverknappung erfordern den schnellen ökologischen Umbau der Produktions-, Verkehrs- und Energiesysteme auch hier in Hessen. Ressourceneffizienz ist eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts, um den Sprung in eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft zu schaffen. Wir werden optimale Bedingungen für hessische Unternehmen schaffen, die Ressourceneffizienz und Leistungsfähigkeit verbinden und für qualitatives Wachstum sorgen: im Export, bei der Wertschöpfung und den Arbeitsplätzen. Die Optimierung von Herstellungsprozessen ist dafür ein wichtiger Baustein, von der Rohstoffgewinnung bis zum Recycling unter Nutzung digitaler Steuerungsmöglichkeiten.

Damit ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Aspekte des Wirtschaftens gleichberechtigt und transparent bewertbar sind, wollen wir hessische Unternehmen dabei unterstützen, ergänzend zu ihren konventionellen Bilanzen Gemeinwohl-Bilanzen zu erstellen und so Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit unternehmerischen Handelns sichtbar zu machen. Landeseigene Betriebe sowie Unternehmen, auf die das Land als Anteilseigner Einfluss nehmen kann, sollten dabei vorangehen und ihre Geschäftspolitik noch stärker nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten ausrichten. Wir wollen eine Plattform „Nachhaltiges Wirtschaften“ etablieren, die sich an die speziellen Anforderungen kleiner und mittlerer Unternehmen richtet. Ein Pilotprojekt „Nachhaltigkeitsberichterstattung in KMU“ unterstützt diese bei der Darstellung ihrer Nachhaltigkeitsleistungen.